



Österreichischer Gewerkschaftsbund

Bundesministerium für Nachhaltigkeit
und Tourismus
Stubenring 1
1010 Wien

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom
BMNT-UW.4.1.9/0029-
RD/1/2018

Unser Zeichen, BearbeiterIn
BR/SA/48072

Klappe (DW) Fax (DW)
39204 100265

Datum
01.08.2018

Bundesgesetz, mit dem das Bundes-Umwelthaftungsgesetz und das Umweltinformationsgesetz geändert werden

Der Österreichische Gewerkschaftsbund dankt für die Übermittlung der oben genannten Begutachtungsentwürfe und erlaubt sich, dazu wie folgt Stellung zu nehmen:

Die vorliegende Novelle des Bundes-Umwelthaftungsgesetzes und des Umweltinformationsgesetzes setzt das Erkenntnis des EuGHs in der Rechtssache C-529/15 („Folk“) um und saniert ein drohendes Vertragsverletzungsverfahren, in dessen Zusammenhang im Oktober 2017 ein Mahnschreiben der Europäischen Kommission mit der Aufforderung an Österreich erging, bezüglich der Umsetzung der Umwelthaftungsrichtlinie Richtlinienkonformität herzustellen.

Bundes-Umwelthaftungsgesetz:

§ 4 Z 1 lit. a: hier wird aufgrund des EuGH-Urteils präzisiert, dass ausschließlich ein Vorhaben mit nachteiligen Auswirkungen auf den Gewässerzustand in Anwendung des § 104a Wasserrechtsgesetz 1959 – ein Abweichen vom Verschlechterungsverbot genehmigt aufgrund öffentlicher Interessen unter Beiziehung des wasserwirtschaftlichen Planungsorgans (Parteistellung) – als erhebliche Schädigung der Gewässer (Schaden mit erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf den ökologischen, chemischen und mengenmäßigen Zustand oder das ökologische Potential der betreffenden Gewässer) von der Definition des Umweltschadens ausgenommen wird. Im Unterschied zur vorhergehenden pauschalen Freistellung aller Bewilligungen in Anwendung des WRG 1959.

§ 11 Abs. 1 und 2: Der Zugang zur Umweltbeschwerde wird aufgrund des eingangs erwähnten EuGH-Urteils erweitert: natürliche oder juristische Personen konnten bisher nur dann die zuständige Bezirksverwaltungsbehörde in einer schriftlichen Beschwerde dazu auffordern, tätig zu werden und letztendlich dem schadensverursachendem Betreiber

Johann-Böhm-Platz 1
A-1020 Wien
U2 Station Donau-Marina
Telefon +43 1 534 44 DW
Telefax +43 1 534 44 DW

www.oegb.at
www.mitgliederservice.at
www.betriebsraete.at
E-Mail: oegb@oegb.at

ZVR Nr. 576439352
DVR Nr. 0046655
ATU 16273100

IBAN: AT21 1400 0010 1022 5007
BIC: BAWAATWW

Sanierungstätigkeiten aufzutragen, wenn sie durch einen eingetretenen Umweltschaden in ihren Rechten verletzt werden könnten.

Umweltbeschwerde sollen nach dem vorliegenden Entwurf nun auch natürliche und juristische Personen erheben können,

- die durch einen eingetretenen Umweltschaden dadurch betroffen sind, dass sie in der Nutzung der natürlichen Ressourcen Boden und Wasser oder in der Funktion dieser Ressourcen erheblich eingeschränkt werden (Abs. 1 Z 2).
- Personen die ein ausreichenden Interesse an einer Umweltbeschwerde und daraus folgenden Sanierungsmaßnahmen haben (Abs. 1 Z 3)
- die Nachbarn nach § 19 Abs. 1 Z UVP-G (Abs. 1 letzter Satz).

Zusätzlich werden in den Rechten durch § 2 Z 2 explizit die Rechte von Fischereiberechtigten aufgenommen.

Der Österreichische Gewerkschaftsbund begrüßt die längst überfällige Herstellung der Richtlinienkonformität.

§18 letzter Satz (neu): Bei Wasserkörpern, die sich vor dem Inkrafttreten der Richtlinie 2004/35/EG über Umwelthaftung zur Vermeidung und Sanierung von Umweltschäden am 30.4.2007 noch nicht in einem guten Gewässerzustand nach Wasserrahmenrichtlinie befunden hatten, ist entsprechend der Vorgaben zur stufenweisen Zielerreichung gemäß Artikel 4 der letztgenannten Richtlinie vorzugehen.

Umweltinformationsgesetz:

Die vorgeschlagenen Änderungen dienen der Anpassung an die Datenschutz-Grundverordnung.

Grundsätzliche Bemerkungen:

Abschließend möchte der Österreichische Gewerkschaftsbund auf die kursierende Liste der Deregulierungswünsche anlässlich angeblichen „Gold Platings“ Bezug nehmen. Dem Vernehmen nach gibt es weitreichende Wünsche der Wirtschaftsseite, angebliches „Gold Plating“ im Bundes-Umwelthaftungsgesetz zurückzunehmen. Dabei handelt es sich offenbar jene altbekannten Wünsche, die bereits bei der in der XXIII. GP letztlich gescheiterten parlamentarischen gescheiterten Regierungsvorlage zur Umsetzung der Richtlinie 2004/35/EG über Umwelthaftung zur Vermeidung und Sanierung von Umweltschäden vorgebracht wurden:

Die Wirtschaftsseite hätte gerne die Optionen der Richtlinie übernommen, Haftungsausschlüsse bzw. -einschränkungen für Schäden aus dem genehmigten Normalbetrieb (permit defense) sowie die Verwirklichung des Entwicklungsrisikos vorzusehen. Tatsächlich würden diese Wünsche der Wirtschaftsseite sprichwörtliches „Gold Plating“ in Reinform darstellen: Über das Mindestumsetzungsausmaß der Umwelthaftungsrichtlinie hinaus wird die Übernahme von (für die Wirtschaftsseite vorteilhaften) optionalen Inhalten gefordert.

Der Österreichische Gewerkschaftsbund lehnt diese gebetsmühlenartig bei jeder sich bietenden Gelegenheit vorgebrachten Wünsche ab – das Verursacherprinzip in der Umwelthaftung muss erhalten bleiben. Anderenfalls liefe eine behördliche Genehmigung auf eine Haftungsfreizeichnung des Betreibers für Schäden aus dem Normalbetrieb hinaus.

Das wiederum würde auf eine behördlich genehmigte Erlaubnis zur Schadenszufügung im Rahmen des Normalbetriebs hinauslaufen, und nicht der Betreiber, sondern das Kollektiv der SteuerzahlerInnen müsste für die Kosten einer Sanierung von Umweltschäden einspringen.

Dass als „Downside“ Entwicklungsrisiken unbeteiligten Dritten und der Umwelt aufgehalst werden sollten, anstatt dass Unternehmer sie trägt, der ja als „Upside“ die wirtschaftlichen Chancen und Gewinne des Produkts oder Verfahrens realisiert, ist ebenso nicht einzusehen.

Mögliche weitere Wünsche der Wirtschaftsseite – wie die Beschneidung der Rechte (Umweltbeschwerde) oder Parteistellung (im Rahmen der Sanierungstätigkeit bzw. Bestimmung von Sanierungsmaßnahmen) von nach § 19 Abs. 7 UVP-G anerkannten Umweltorganisation und des Umweltanwalts – lehnt der Österreichische Gewerkschaftsbund ebenso ab.

Mit vorzüglicher Hochachtung



Wolfgang Katzian
Präsident



Mag. (FH) Roland Pichler
Leitender Sekretär